



Forschungsergebnisse

**Umkehrhypothesen für Altersvorsorge nutzen**

Schwerpunkt Europa

**Geringe Zinsaufschläge der Eurostaaten als Folge der EZB-Hilfen**

Standpunkt

**Corona-Pandemie ist ein Informationsproblem**

Deutsche Banken werden sich mit weiteren Rückstellungen auf Kreditausfälle vorbereiten müssen.

Foto: © iStockphoto.com/instamatias

## Rückstellungen für Unternehmenskredite bei deutschen Banken erforderlich

Finanzmarktexperten/-innen erwarten für die kommenden sechs Monate eine Zunahme an Kreditausfällen und die Notwendigkeit zusätzlicher Rückstellungen für Unternehmenskredite bei den deutschen Banken. Sie gehen zudem davon aus, dass die Konsolidierung unter den Sparkassen und Genossenschaftsbanken leicht zunehmen wird. Dies zeigt eine Auswertung der Sonderfrage im aktuellen ZEW-Finanzmarkttest, an der sich im März 2021 insgesamt 189 Finanzmarktexperten/-innen beteiligt haben.

Die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie wie die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, die Liquiditätshilfen oder die Kreditprogramme stabilisieren die deutsche Wirtschaft weiterhin. Doch geht die Bekämpfung des Virus mit großen wirtschaftlichen Einschnitten einher, die teilweise erst beim Auslaufen der Hilfs-

maßnahmen zu Tage treten werden. So besteht die Gefahr, dass es zeitverzögert zu mehr Insolvenzen kommt, weil Unternehmen durch die angehäuften Kreditlasten in Rückzahlungsschwierigkeiten geraten. Aus Sicht der Finanzmarktexperten/-innen werden Kreditausfälle im deutschen Bankensektor auf Halbjahressicht zunehmen. Bezogen auf die Anzahl der ausfallenden Kredite erwarten 55 Prozent der Befragten einen leichten Anstieg und 29 Prozent einen starken Anstieg. Beim ausfallenden Kreditvolumen gehen 62 Prozent von einem leichten und 17 Prozent von einem starken Anstieg aus.

In der ZEW-Finanzmarkttest-Umfrage vom Dezember 2020 hatten allerdings noch 45 Prozent der Finanzmarktexperten/-innen einen starken Anstieg der Anzahl der ausfallenden Kredite erwartet. Einen ebenfalls starken Anstieg des ausfallenden Volumens hatten damals noch 25 Prozent der Befragten prognostiziert. Nach

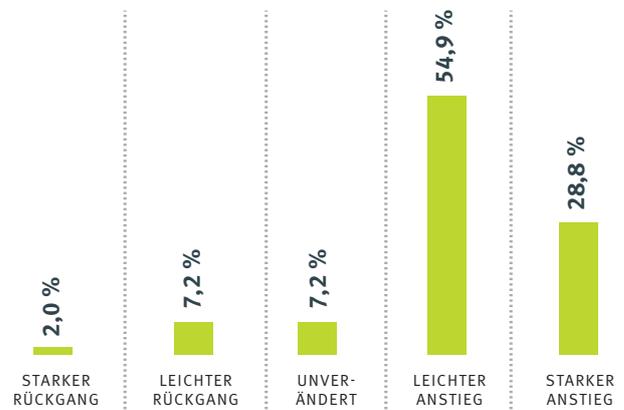
den Ergebnissen der Umfrage schiebt die deutsche Wirtschaft einen Berg an möglichen Unternehmensinsolvenzen vor sich her, von dem bisher nur die Spitze zu sehen ist. Im Bankensystem werden die negativen Auswirkungen der Pandemie aufgrund der zunehmenden Dauer und der Hilfsmaßnahmen erst langsam und über einen längeren Zeitraum hinweg zu spüren sein.

### Banken müssen Risikovorsorge aufstocken

Die deutschen Banken werden zusätzlich vorsorgen müssen, um potenzielle Kreditausfälle abdecken zu können, so die Sicht der Finanzmarktexperten/-innen. Demnach erwarten 61 Prozent der Befragten, dass weitere Rückstellungen für Unternehmenskredite erforderlich sein werden. Für Kredite an Privatpersonen halten dagegen nur 34 Prozent der Befragten zusätzliche Rückstellungen für nötig. Einige Banken haben in der Zwischenzeit ihre Risikovorsorge weiter aufgestockt. Außerdem ist die Eigenkapitalausstattung generell seit der Finanzkrise gestiegen. Unklar bleibt, ob das ausreichen wird.

Die Corona-Krise und die aus ihr resultierenden erwarteten Kreditausfälle könnten sich daher auch auf die deutsche Bankenlandschaft auswirken und den Trend zur Konsolidierung beschleunigen. So erwarten 58 Prozent der Befragten eine leichte Zunahme der Konsolidierung bei den Sparkassen, 15 Prozent

### ERWARTETER AUSFALL AN KREDITEN AUF HALBJAHRESSICHT



Über 80 Prozent der befragten Finanzmarktexperten/-innen erwarten mehr Kreditausfälle. Alle Prozentangaben beziehen sich auf die Gesamtzahl der Antworten der jeweiligen Frage. Quelle: ZEW

der Befragten sogar eine starke Zunahme. Bei den Genossenschaftsbanken ergibt sich dasselbe Bild: Hier erwarten 57 bzw. 15 Prozent eine leichte bzw. starke Zunahme der Konsolidierung.

Download des ZEW-Finanzmarkttests: [www.zew.de/PU82470](http://www.zew.de/PU82470)

Dr. Karolin Kirschenmann, [karolin.kirschenmann@zew.de](mailto:karolin.kirschenmann@zew.de)

## Einkommenseinbußen durch Corona lassen die Risikobereitschaft sinken

Personen, die durch die Corona-Pandemie starke finanzielle Einbußen erfahren, zeigen eine signifikant geringere Risikobereitschaft. Dieser Zusammenhang ist bei Haushalten mit geringem Einkommen besonders stark ausgeprägt. Andere Persönlichkeitsmerkmale wie Geduld und Kontrollüberzeugung hingegen ändern sich nach wirtschaftlichen Verlusten nicht. Das belegt eine gemeinsame Untersuchung mit rund 5.500 Menschen von ZEW Mannheim und RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung.

Bei ihrer Längsschnittstudie verwendeten die Forscher/innen Daten des Sozial-Ökologischen Panels aus den Jahren 2012, 2014, 2015 und 2020. Auf Basis dieser Daten konnten sie einen statistischen Zusammenhang zwischen finanziellem Verlust und der Veränderung von Persönlichkeitsmerkmalen feststellen.

Die Risikobereitschaft ist bei Haushalten, die in der Krise schwere wirtschaftliche Verluste erlitten haben, signifikant zurückgegangen. Besonders stark ausgeprägt ist der Zusammenhang bei Haushalten mit geringem Einkommen und wenigen Einnahmequellen. So zeigen zum Beispiel Haushalte mit einem/r einzigen Verdienner/in eine stärkere Reaktion als Doppelverdiener-Haushalte. Die Autoren/-innen gehen davon aus, dass die

abnehmende Risikobereitschaft auf die finanziellen Verluste in der Krise und die damit verbundene Unsicherheit zurückzuführen ist. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass die Risikobereitschaft und die wirtschaftlichen Verluste auch durch Faktoren beeinflusst wurden, die die Studie nicht berücksichtigt.

Während sich die Verlusterfahrung negativ auf die Risikobereitschaft auswirkt, erweisen sich weitere psychologische Persönlichkeitsmerkmale als konstant. Demnach haben sich Geduld und die Überzeugung, dass ein Ereignis vor allem die Konsequenz des eigenen Verhaltens ist – die sogenannte Kontrollüberzeugung –, durch wirtschaftliche Verluste in der Krise nicht verändert. Viel spricht dafür, dass die Messgrößen für Geduld und Kontrollüberzeugung auch beim Auftreten externer Schocks konstant bleiben.

Etwa die Hälfte aller deutschen Privathaushalte erlitt durch die Pandemie und die Lockdown-Maßnahmen wirtschaftliche Verluste, wie eine Befragung von RWI und ZEW im Frühsommer 2020 ergeben hatte. Rund acht Prozent der Haushalte hatten ihre Verluste sogar als schwerwiegend bewertet.

Download der Studie: [www.zew.de/PU82499](http://www.zew.de/PU82499)

Dr. Daniel Osberghaus, [daniel.osberghaus@zew.de](mailto:daniel.osberghaus@zew.de)

# Regionale Wirtschaftsförderung schafft erfolgreich neue Arbeitsplätze

Regionale Wirtschaftsförderung wirkt: Sie sichert Beschäftigung in strukturschwachen Gegenden und verringert die regionale Ungleichheit – und das zu niedrigeren Kosten als andere politische Maßnahmen wie beispielsweise Geldzahlungen an Arbeitslose. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Untersuchung des ZEW Mannheim in Kooperation mit der Universität Mannheim, die die Subventionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) in den Jahren 1997 bis 2017 untersucht. Die Studie basiert dabei auf einer Datenbasis des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Statistischen Bundesamts.

Die Autoren/-innen der Untersuchung beobachten einen Rückgang der Beschäftigung in ostdeutschen Landkreisen, weil die Subventionen an dortige Unternehmen seit Mitte der 1990er Jahre zurückgegangen sind. Diese Beschäftigungseffekte sind bei Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen mit mittlerer Qualifikation stärker ausgeprägt als bei Beschäftigten mit hohem oder niedrigem Bildungsniveau.

Während die GRW-Subventionen in den vergangenen Jahren zumeist zurückgegangen sind, konnten die Wissenschaftler/-innen zeigen, dass ein Anstieg der Subventionen zu entsprechend positiven Beschäftigungseffekten führt. Eine Beschäftigungswirkung ist dabei nicht nur beim verarbeitenden Gewerbe zu erkennen, dem Sektor, der vornehmlich direkt von den Subventionen profitiert hat. Der Rückgang der Subventionszahlungen führt auch im Handel und in der Bauindustrie zu einem Abbau von Beschäftigung. Denn für zehn Arbeitsplätze, die im verarbeitenden Gewerbe verloren gehen, verschwinden in anderen, nicht direkt betroffenen Sektoren etwa sechs Jobs.

## Indirekte Effekte bei regionalen Förderprogrammen oft kosteneffektiver als andere Maßnahmen

Der Rückgang der Subventionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ hat jedoch auch negative Auswirkungen auf die Finanz-

lage der Gemeinden. Weil die Gewinne der Unternehmen – und damit die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer – zurückgehen, sinken ebenfalls die kommunalen Steuereinnahmen. Dies versuchen die Gemeinden durch höhere Gewerbe- und Grundsteuersätze auszugleichen.

Der Studie zufolge sind die starken indirekten Effekte bei Beschäftigung und Steuereinnahmen der Hauptgrund dafür, dass regionale Wirtschaftsförderprogramme oftmals kosteneffektiver sind als andere Maßnahmen – zum Beispiel eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes oder von Hartz IV –, um die lokale Wirtschaft zu stabilisieren. Die Forschenden zeigen, dass die Effekte symmetrisch sind. So hat ein Anstieg der Subventionen entsprechend positive Effekt. Zudem zeigt sich, dass die GRW auch effektiv darin ist, die regionale Ungleichheit zu verringern und für gleichwertigere Lebensverhältnisse in Deutschland zu sorgen.

## Zur regionalen Wirtschaftsförderung in Deutschland

Bei der GRW handelt es sich um eine gemeinsame Fördermaßnahme von Bund und Ländern; sie ist *das* zentrale Instrument der regionalen Wirtschaftsförderung in Deutschland. Die Gemeinschaftsaufgabe unterstützt seit dem Jahr 1969 Unternehmen in strukturschwachen Gebieten mit dem Ziel, Standortnachteile auszugleichen und Beschäftigung zu fördern, um so die Lebensstandards in allen deutschen Regionen nach und nach anzugleichen. Standen vor dem Jahr 1990 vor allem sogenannte Zonenrandgebiete an der Grenze zur ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) im Fokus der Wirtschaftsförderung, sind es aktuell vor allem Landkreise in den ostdeutschen Bundesländern. Unternehmen, die für die Förderung in Frage kommen, erhalten einen großen Teil der Kosten für ein bestimmtes Investitionsprojekt erstattet. Sie können die Förderung dabei zum Beispiel für den Bau oder die Modernisierung von Produktionsstätten und Gebäuden verwenden, aber auch für Lizenzen oder Patente.

Die Studie zum Download: [www.zew.de/PU82564](http://www.zew.de/PU82564)

Prof. Dr. Sebastian Sieglösch, [sebastian.sieglösch@zew.de](mailto:sebastian.sieglösch@zew.de)

## INHALT

Rückstellungen für Unternehmenskredite bei deutschen Banken erforderlich . . . . .	1
Einkommenseinbußen durch Corona lassen die Risikobereitschaft sinken . . . . .	2
Regionale Wirtschaftsförderung schafft erfolgreich neue Arbeitsplätze . . . . .	3
Haushalte lassen für die Altersvorsorge Chancen von Umkehrhypotheken ungenutzt . . . . .	4

Schwerpunkt Europa . . . . .	5
#ZEWBookTalk: Geschlechtergerechtigkeit braucht mehr soziale Innovationen . . . . .	9
ZEW intern . . . . .	10
Daten und Fakten, Termine . . . . .	11
Standpunkt . . . . .	12

Viele deutsche Haushalte setzen bei der Altersvorsorge auf das schuldenfreie Eigenheim. Trotzdem sorgen sich etliche der über 65-Jährigen um ihr Einkommen im Alter.



Foto: © iStockphoto.com/Bestgreenscreen

# Haushalte lassen für die Altersvorsorge Chancen von Umkehrhypotheken ungenutzt

Obwohl sie ein schuldenfreies Eigenheim besitzen, sorgen sich rund 420.000 Haushalte über 65 Jahre um ihre Finanzen. Im Vergleich zu anderen Altersvorsorge-Produkten ist der Markt für Umkehrhypotheken jedoch kaum entwickelt. Gründe hierfür finden Wissenschaftler/innen des ZEW Mannheim sowohl auf Anbieter- als auch auf Verbraucherseite. Der Studie zufolge könnte das Marktpotenzial in Zukunft jedoch deutlich wachsen.

Durch eine Umkehrhypothek können Verbraucher/innen ihr Immobilienvermögen zum Schließen der Rentenlücke nutzen, entweder in Form einer Einmalzahlung oder als monatliche Rente. Wie bei einer klassischen Hypothek dient hier das Eigenheim als Sicherheit. Bei der Umkehrhypothek wird der Kreditbetrag jedoch erst fällig, wenn der Eigentümer stirbt oder auszieht, und er ist durch den Wert der Immobilie gedeckt. Gerade für Haushalte, die wenig in private Altersvorsorge investiert haben, kann eine Umkehrhypothek eine Alternative sein.

Um das Marktpotenzial für Umkehrhypotheken zu berechnen, analysiert die Studie Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP). Im Jahr 2017 besaßen knapp sechs Millionen der Haushalte über 65 Jahre eine schuldenfreie Immobilie. Davon berichten rund 420.000 Haushalte, mit ihrem Einkommen unzufrieden zu sein. Das Marktpotenzial wurde mithilfe der üblichen Mindestbedingungen von Anbietern entsprechender Finanzprodukte weiter eingegrenzt. Eine Immobilie musste etwa einen Marktwert von mindestens 250.000 Euro aufweisen, was auf 90.000 immobilienbesitzende Haushalte zutrifft, von denen rund 42.000 kein weiteres Vermögen besitzen.

Neben der Selbstauskunft zur finanziellen Zufriedenheit bietet die objektive finanzielle Situation der Haushalte eine weitere Annäherung an das Marktpotenzial für Umkehrhypotheken. Auf Basis des SOEP berechnen die Wissenschaftler/innen, dass rund 200.000 Haushalte in Deutschland leben, die zwar über ein Immobilienvermögen in relevanter Höhe verfügen, aber nur ein Einkommen unterhalb der definierten Armutsgrenze von 13.200 Euro pro Jahr beziehen. Der Markt für Umkehrhypotheken

ist der Studie zufolge derzeit relativ klein – aber mit substantiellem Entwicklungspotenzial. Laut den Wissenschaftlern/-innen könnten nicht nur Haushalte profitieren, die aufgrund existenzieller Not im Alter auf zusätzliches Einkommen angewiesen sind, sondern auch vermögendere Haushalte könnten ihre Ruhestandsplanung und Nachfolgeregelung optimieren.

## Gründe für einen unterentwickelten Markt

Gründe für die fehlende Nachfrage nach Umkehrhypotheken sehen die Wissenschaftler/innen etwa in der Produktkomplexität. Verbraucher/innen fehlt Vertrauen in das Finanzprodukt. Außerdem berichten die Befragten von einer starken emotionalen Bindung an ihr Eigenheim. Die Anbieter sind ihrerseits skeptisch gegenüber Umkehrhypotheken eingestellt, etwa aufgrund von Risiko-Überlegungen. So müssen Anbieter das sogenannte Langlebigkeitsrisiko im Blick behalten: Je länger die Menschen in dem beliebten Haus leben, desto weiter verschiebt sich eine mögliche Veräußerung durch den Anbieter in die Zukunft. Daneben müssen Anbieter das Preisrisiko bewerten, denn der Wert der Immobilie kann stark schwanken.

Schließlich sorgen sich die befragten Experten/-innen um das Reputationsrisiko. Aufgrund von Marktveränderungen oder einer mangelhaften Finanzplanung könnten sich Anbieter gezwungen sehen, ältere Bewohner/innen aus ihren ehemaligen Häusern zu vertreiben. Aufgrund solcher Risiken üben sich Anbieter in Zurückhaltung gegenüber Umkehrhypotheken, so die Autoren/-innen der Untersuchung. Würde der Gesetzgeber einen klaren Rechtsrahmen für Umkehrhypotheken schaffen, ließen sich die meisten Risiken grundsätzlich managen. Ansonsten bleibe das vorhandene Marktpotenzial von Umkehrhypotheken für die Altersvorsorge ungenutzt.

Download der Studie unter: [www.econpol.eu/sites/default/files/2021-04/EconPol\\_Policy\\_Report\\_31\\_Reverse\\_Mortgages\\_0.pdf](http://www.econpol.eu/sites/default/files/2021-04/EconPol_Policy_Report_31_Reverse_Mortgages_0.pdf)

Dr. Karolin Kirschenmann, karolin.kirschenmann@zew.de



## Schwerpunkt EUROPA

# Geringe Zinsaufschläge der Eurostaaten sind eine Folge der EZB-Hilfen

Die bisherige Stabilität der Euro-Staatsanleihemärkte in der Pandemie ist vor allem dem PEPP-Wertpapierkaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) zu verdanken. Dagegen haben die Corona-Finanzpakete der Europäischen Union (EU) keinen messbaren Beitrag zur Einengung der Zinsabstände geleistet. Dies belegen Ergebnisse einer Studie, die das ZEW Mannheim mit Unterstützung der Brigitte Strube Stiftung erarbeitet hat.

Die Autoren/-innen untersuchen im Rahmen einer sogenannten Eventstudie, wie sich verschiedene Arten von Ankündigungen auf die Risikoaufschläge („Spreads“) von Euro-Staatsanleihen relativ zum Zins deutscher Bundesanleihen ausgewirkt haben. Dabei werden die Krisenentscheidungen der EZB ebenso berücksichtigt wie die Entscheidungen der EU über neue Hilfsinstrumente wie die SURE-Kurzarbeits-Kredite oder den Corona-Wiederaufbauplan Next Generation EU mit seinen kreditfinanzierten Ausgaben in Höhe von 750 Milliarden Euro. Außerdem überprüft die ZEW-Studie, wie sich Ankündigungen der Europäischen Kommission zur Aussetzung der Defizitgrenzen im Rahmen des Europäischen Stabilitätspakts und die Entscheidung für Christine Lagarde als EZB-Präsidentin im Sommer 2019 im Spread niedergeschlagen haben.

### **Wesentlicher Game-Changer bei PEPP waren aufgehobene Obergrenzen für Staatsanleihekäufe**

Im Ergebnis zeigt sich, dass das von der EZB im März 2020 aufgelegte PEPP-Wertpapierkaufprogramm einen überragenden Einfluss auf die Einengung der Spreads hatte. Demgegenüber waren andere geldpolitische Ankündigungen wie die anfängliche Aufstockung des älteren Kaufprogramms PSPP wirkungslos oder haben sogar eher verunsichert. Ein wesentlicher Einflussfaktor war die Aufhebung von Obergrenzen für die Ankäufe der Staatsanleihen hoch verschuldeter Euro-Staaten bei PEPP.

Obwohl die EU im Jahresverlauf 2020 verschiedenartige neue Finanzhilfen wie SURE und Next Generation EU auf den Weg gebracht hat, haben sich diese Ankündigungen nicht erkennbar

an den Anleihemärkten niedergeschlagen. Lediglich für Italien ist ein statistisch schwacher Effekt nachweisbar. Für eher wachsende Verunsicherung haben hingegen Ankündigungen der Europäischen Kommission gesorgt, den Stabilitätspakt mit seinen Defizitgrenzen auszusetzen. Diese Information wurde an den Märkten mit eher steigenden Spreads quittiert.

### **Personalentscheidung bei EU-Spitzenpositionen beeinflusst Risikoaufschläge**

Die Eventstudie untersucht auch, wie vor der Corona-Pandemie die Verständigung im Europäischen Rat auf das Duo Christine Lagarde für die EZB und Ursula von der Leyen für die EU-Kommission an den Anleihemärkten aufgenommen wurde. Die Ankündigung dieses überraschenden Personalpakets hat im Sommer 2019 zu einem Rückgang der Risikoaufschläge für südeuropäische Anleihen geführt. Die ZEW-Wissenschaftler/-innen bewerten dies als Beleg dafür, dass Lagarde an der Spitze der EZB eher für umfangreiche Hilfen für stark verschuldete Staaten steht als der zuvor als Kandidat gehandelte deutsche Bundesbankpräsident Jens Weidmann.

Insgesamt deuten diese Befunde darauf hin, dass die in der Pandemie stabile Finanzierungssituation der peripheren Euro-Staaten in erster Linie auf die hohen und überproportional auf die hoch verschuldeten Euro-Staaten ausgerichteten EZB-Krisenhilfen zurückzuführen ist. Die Stabilität der Eurozone hängt daher derzeit am Tropf der EZB. Die bisherigen Fiskalpakete haben noch nicht zu einer spürbaren Entlastung der EZB geführt. Auch weiterhin dürfte die EZB gezwungen sein, in ihren geldpolitischen Entscheidungen die Liquidität der stark verschuldeten Euro-Staaten mit zu beachten. Damit sind die Ergebnisse der Studie ein Beleg dafür, dass die Sorge um eine fiskalische Dominanz der EZB nicht aus der Luft gegriffen ist.

Download der Studie: [zew.de/PU82560](https://www.zew.de/PU82560)

# Innovationsschere öffnet sich in Europa während Wirtschaftskrisen weiter

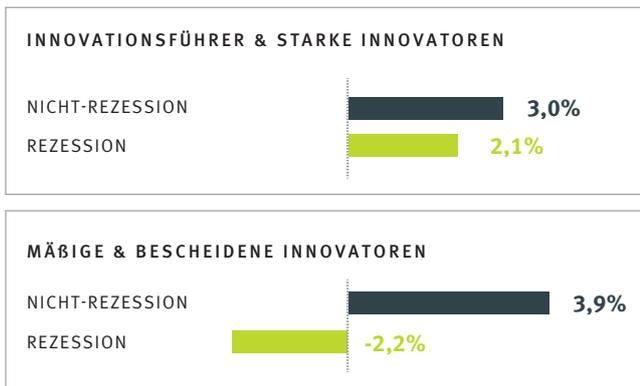
Forschung und Entwicklung (FuE) ist eine Schlüsselkomponente der Innovationskraft und die wichtigste Triebfeder für langfristiges Wirtschaftswachstum, wie bisherige Studien belegen. Daher bemühen sich politische Entscheidungsträger/innen auf der ganzen Welt, die Investitionen in FuE zu erhöhen. In Krisenzeiten gerät dieses Ziel jedoch unter Druck.

Staaten, die Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind, reagieren mit ihren FuE-Ausgaben unterschiedlich auf Veränderungen im Konjunkturzyklus: In Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs steigern die-

nen antizyklisch erhöhen und damit ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber wirtschaftlichen Krisen verbessern, kürzen innovativschwächere Länder wie Portugal, Spanien sowie die meisten osteuropäischen Länder der Europäischen Union ihre öffentlichen FuE-Budgets. Dies trägt allgemein zu einer weiteren Öffnung der Innovationsschere zwischen den Ländern bei, wie die ZEW-Untersuchung nahelegt.

In wirtschaftlichen Krisenzeiten sehen sich die meisten OECD-Staaten einem Rückgang der von Unternehmensseite finanzierten FuE-Ausgaben gegenüber. Nach den Ergebnissen der Untersuchung sollte die öffentliche Hand die geringeren FuE-Investitionen von Unternehmen zumindest teilweise durch höhere öffentliche FuE-Ausgaben kompensieren. Dieses Vorgehen ist ökonomisch sehr sinnvoll, denn Forschung und Entwicklung sind der zentrale Motor für stärkeres Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig sehen sich viele Staaten weltweit infolge eines wirtschaftlichen Abschwungs gezwungen, wegen fallender Steuereinnahmen auch bei ihren öffentlichen FuE-Ausgaben zu sparen.

MITTLERE WACHSTUMSRATEN DER ÖFFENTLICHEN F&E-AUSGABEN DER OECD-STAATEN ÜBER DEN KONJUNKTURZYKLUS (IN PROZENT)



Vergleich der F&E-Ausgaben zwischen mäßigen und bescheidenen Innovatoren mit Innovationsführern sowie starken Innovatoren während einer Rezession beziehungsweise Nicht-Rezession. Quelle: ZEW

se Staaten merklich ihre öffentlichen Budgets für Forschung und Entwicklung, während die öffentlichen FuE-Ausgaben in Rezessionen im Durchschnitt über alle Länder nahezu konstant bleiben. Zu diesem Ergebnis kommen Wissenschaftler/innen des ZEW Mannheim in ihrer Analyse der öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 28 OECD-Mitgliedsstaaten in den Jahren 1995 bis 2017.

## Innovationskraft bestimmt öffentliche FuE-Ausgaben der OECD-Staaten

Hinter dieser Konstanz der öffentlichen FuE-Ausgaben verbergen sich allerdings gerade in Rezessionen systematische Unterschiede zwischen den Staaten der OECD in Abhängigkeit von ihrer Innovationskraft, stellen die ZEW-Wissenschaftler/innen fest. Während Innovationsführer wie Deutschland, Schweden oder Finnland ihre öffentlichen FuE-Ausgaben in Rezessio-

## Ausgabenpolitik für FuE sollte Innovationskraft stärken

Die Wissenschaftler/innen heben in ihrer Analyse hervor, dass die staatliche Ausgabenpolitik bei FuE jedoch nicht allein von der Finanzkraft eines Landes bestimmt wird, sondern stattdessen auf die Stärkung der Innovationskraft abzielen sollte. Die Ergebnisse der Analyse zeigen auch, dass die unterschiedlichen Reaktionen von innovationsstarken und -schwachen Ländern unter den OECD-Staaten nicht von deren Schuldenstand abhängen. Vielmehr zeigt sich hier die Bedeutung, die diese Länder Innovationen allgemein beimessen. Japan oder Belgien, beides Länder mit einem hohen Schuldenstand, waren hierfür in der Finanzkrise im Jahr 2009 ein gutes Beispiel. Trotz hoher Verschuldung haben sie ihre öffentlichen FuE-Ausgaben gesteigert und nicht gekürzt.

Mit ihren öffentlichen FuE-Ausgaben finanzieren die Staaten sowohl vorrangig anwendungsorientierte FuE-Aktivitäten in privaten Unternehmen als auch Grundlagenforschung in staatlichen Forschungseinrichtungen und Universitäten. Auch in Rezessionen ändert sich dieses Finanzierungsportfolio kaum, das heißt die Staaten verlagern keine Investitionen hin zu Gebieten, die direktes Wirtschaftswachstum versprechen.

Nur OECD-Staaten mit schwacher Innovationsleistung verlagern laut den Wissenschaftlern/-innen in Rezessionen ihre FuE-Ausgaben weg von öffentlichen Einrichtungen hin zu Privatunternehmen, um dort die weggebrochenen privaten FuE-Ausgaben teilweise zu ersetzen.

Download der ZEW-Studie: [www.zew.de/PU82241](http://www.zew.de/PU82241)



# Wie kann die Besteuerung von Unternehmen international verglichen werden?

Aufgrund der Corona-Krise ist die Staatsverschuldung explodiert. Um gigantische Finanzlöcher in den öffentlichen Haushalten zu stopfen, gerät die Unternehmenssteuer in den Blick der Politik. Die Unternehmensbesteuerung fällt international jedoch sehr unterschiedlich aus. Daniela Steinbrenner erklärt im Interview, wie mithilfe des „Mannheim Tax Index“ effektive Steuersätze angesichts unterschiedlicher steuerlicher Belastungen von Unternehmen ermittelt und verglichen werden können.

## Was untersucht der Mannheim Tax Index?

Der Mannheim Tax Index ist ein Indikator für die effektive Unternehmenssteuerbelastung. Genauer gesagt handelt es sich um ein steuerliches Ranking verschiedener Länder. Hierbei bildet er ein umfassendes Bild der Besteuerung ab, indem zwei Sachverhalte verfolgt werden: die Besteuerung inländischer Unternehmen und ihrer Anteilseigner sowie grenzüberschreitende Investitionen. Die Analyse der Besteuerung von Unternehmen ist eine bewährte Methode, um die steuerliche Attraktivität von Regionen im internationalen Wettbewerb zu vergleichen. Der Mannheim Tax Index umfasst Standorte in allen europäischen Mitgliedsstaaten, dem Vereinigten Königreich, Norwegen, Nordmazedonien, der Türkei, der Schweiz, Kanada, den USA und Japan. Der Index fokussiert allerdings keine spezifische Branche, sondern bildet die länderspezifische Steuerbelastung für ein modellhaftes Unternehmen ab, dessen Anlagevermögen zu gleichen Teilen aus Industriegebäuden, erworbenen immateriellen Wirtschaftsgütern (Patenten), Maschinen, Finanzanlagen und Vorräten besteht.

## Wie wird der Index berechnet?

Der Mannheim Tax Index bildet die effektive Steuerbelastung eines Unternehmens für ein hypothetisches Investitionsprojekt unter Berücksichtigung der aktuellen steuerlichen Bestimmungen ab. Hierbei berücksichtigen wir die wichtigsten nationalen Steuervorschriften für die Besteuerung von Unternehmensgewinnen des

jeweiligen Standorts. Diese umfassen neben den gesetzlichen Körperschaftsteuersätzen und deren Zuschlägen sowie Sondersätzen für bestimmte Arten von Einkünften und Ausgaben auch die wichtigsten Arten von Substanzsteuern, z.B. Grundsteuern. Entscheidend ist ebenfalls die Berücksichtigung der Steuerbemessungsgrundlage in Form von Abschreibungsmöglichkeiten, der Bewertung von Vorräten sowie der Abzugsfähigkeit von Zinsen im Falle einer Fremdfinanzierung. Wir haben am ZEW Länderexperten für die jeweiligen Steuersysteme und gleichen unsere Recherche mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC ab. Über einen Fragebogen an alle lokalen PWC-Niederlassungen in den Ländern, die wir abbilden, können wir länderspezifische Details abfragen. Alle Daten werden zur Ermittlung der Ergebnisse in eine am ZEW entwickelte Datenbank und Software eingepflegt.

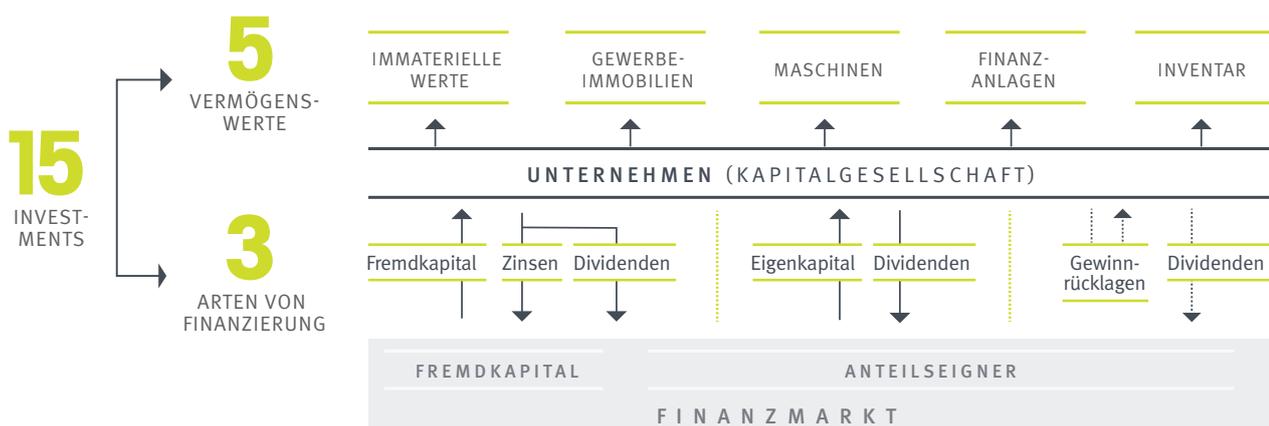
## Was sind zentrale Ergebnisse des aktuellen Index?

Deutschland, eines der wichtigsten europäischen Länder aus Sicht ausländischer Direktinvestitionen, verliert im internationalen Steuerwettbewerb immer weiter an Boden. Im Vergleich zu Frankreich, Italien, dem Vereinigten Königreich und dem EU-Durchschnitt zeigt sich, dass die steuerliche Belastung für Unternehmen in Deutschland relativ hoch ist. Einzig Frankreich weist eine noch knapp höhere Steuerbelastung auf. Berücksichtigt man allerdings die angekündigten Steuerreformen bei den unmittelbaren Wettbewerbern, wird Deutschland bald die Spitzenposition bei den Belastungen auf Unternehmensgewinne übernehmen. Sollten steuerliche Reformen ausbleiben, könnte dies die anhaltend hohe Belastung von Investitionen in Deutschland in den kommenden Jahren verschärfen und die Position im Mittelfeld der Belastungen vergleichbarer großer Industrienationen gefährden, sofern diese weiterhin aktiv am Steuerwettbewerb teilnehmen.

Weitere Informationen zum Index: [www.zew.de/WS1475](http://www.zew.de/WS1475)

Daniela Steinbrenner, [daniela.steinbrenner@zew.de](mailto:daniela.steinbrenner@zew.de)

## EIN MODELHAFTES UNTERNEHMEN UND INVESTITIONSPROJEKT ERMÖGLICHT LÄNDERVERGLEICHE



Quelle: ZEW

# Gestaltung von Transformationsprozessen muss Eigenzeiten berücksichtigen

Im April 2011 wurde das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) veröffentlicht. Das Gutachten stieß damals als Impulsgeber für eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Welt auf viel Resonanz. Was von den geforderten Veränderungen bislang umgesetzt wurde und wie der Bericht zu beurteilen ist, zeigt eine aktuelle Studie des ZEW Mannheim zusammen mit der deutschen Energie-Agentur (dena) und Autoren der Universität Heidelberg.

Die Untersuchung des interdisziplinären Teams nimmt unter die Lupe, was sich in den vergangenen zehn Jahren tatsächlich klimapolitisch verändert und inwiefern das WBGU-Gutachten zu mehr Nachhaltigkeit geführt hat. Dessen Ziel war es, den Grundstein für eine Welt des nachhaltigen Wirtschaftens zu legen. Dafür enthält das WBGU-Gutachten einen Katalog an dringend notwendigen Veränderungen, um eine große Transformation anzustoßen. Diese Transformation sei ähnlich umfassend wie zuletzt der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft in der Industriellen Revolution. Dazu sollten ein globaler Gesellschaftsvertrag etabliert und umfassende nachhaltige Politiken innerhalb von zehn Jahren effektiv umgesetzt werden.

## Nur wenige der Ansätze des Gutachtes sind realisierbar

Mit Blick auf die postulierten großen Linien der Klimapolitik kritisieren die Autor/innen das Gutachten in ihrer Bestandsaufnahme. Weder die Etablierung eines globalen Gesellschaftsvertrages, noch die hohen Erwartungen an eine Global Governance haben die klimapolitischen Erfolge des vergangenen Jahrzehnts entscheidend geprägt. Sie scheiterten vor allem an ihrer mangelnden Umsetzbarkeit. Die Vereinbarung der Pariser Klimaziele 2015 und die nachfolgenden Maßnahmen konnten ihre Wirkung deshalb entfalten, weil sie sich von Forderungen dieser Art verabschiedeten. So zeigen unter anderem Untersuchungen des ZEW, dass im Pariser Klimaabkommen der Top-Down-Ansatz weitgehend durch einen Bottom-Up-Ansatz ersetzt wird. Auf diese Weise wird es den beteiligten Staaten ermöglicht, ihren Weg zur Erreichung der Ziele selbst zu wählen und zu gestalten.

Zentral für die Beurteilung der Herangehensweise des WBGU an die Gestaltung von Transformationen ist dessen Verständnis von Zeit. Für den WBGU gibt es nur eine lineare, homogene Zeit, die gleichermaßen für die Natur und für alle Gesellschaften gilt. Dieses verkürzte Verständnis von Zeit führt dazu, dass innerhalb der Dynamiken von Natur, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft weder Handlungsmöglichkeiten noch Handlungsbeschränkungen realistisch eingeschätzt werden können. Indem nur darauf geschaut wird, dass die Uhr sprichwörtlich auf „5 vor 12“ steht, rücken Fragen nach der politischen und ökonomischen Umsetzbarkeit der notwendigen Maßnahmen in der gegebenen Zeit ebenso in den Hintergrund wie die Herausforderung, innerhalb kurzer Zeit gesellschaftliche Akzeptanz für diese Maßnahmen zu gewinnen.

Entscheidend für Umwelt- und Klimapolitik ist es, dass die betroffenen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhänge von Eigenzeiten geprägt sind. Das bedeutet, dass soziale, ökonomische und ökologische Prozesse über eigene Dynamiken, Zeitstrukturen und -bedarf verfügen.

Die demokratische Mehrheitsfindung für Maßnahmen bedarf einer gewissen Zeit, der Umbau eines Energiesystems braucht selbst in einer modernen Gesellschaft Jahrzehnte, so die Autor/innen. Und auch die Entwicklung neuer, klimafreundlicher Technologien kann sehr lange dauern – ganz zu schweigen von Veränderungen in ökologischen Systemen. Diese Eigenzeiten müssen berücksichtigt werden, um gute Lösungen für klimapolitische Herausforderungen zu finden, die den komplexen ökologischen, sozialen, ökonomischen und politischen Anforderungen gerecht werden.

Mit Blick auf die unterschiedlichen Eigenzeiten und spezifischen Kontexte wird deutlich, dass es sich bei der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaft nicht um eine Große Transformation handelt. Vielmehr arbeiten unterschiedliche Akteure an unterschiedlichen Orten mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten an vielen sozial-ökologischen Transformationen, die es zu verstehen und zu gestalten gilt.

Download der Studie: [www.zew.de/PU82509](http://www.zew.de/PU82509)

Marc Frick, [Marc.Frick@zew.de](mailto:Marc.Frick@zew.de)

# #ZEWBookTalk: Geschlechtergerechtigkeit braucht mehr soziale Innovationen

Wodurch kann Geschlechtergerechtigkeit vermindert werden? Mit dieser Frage befasst sich Prof. Dr. h.c. Jutta Allmendinger, Ph.D., Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) und Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin, seit über drei Jahrzehnten. Beim vierten #ZEWBookTalk am 05. Mai 2021 lieferte sie nicht nur interessante Einblicke in ihr neues Buch, sondern diskutierte auch mit ZEW-Präsident Professor Achim Wambach, Ph.D., über Themen wie die sogenannte Gender Lifetime Earnings Gap, warum eine Pandemie klassische Rollenverteilung begünstigt und welche Maßnahmen Geschlechtergleichheiten entgegenwirken.

„Eine in Westdeutschland lebende Frau verdient im Laufe ihres Erwerbslebens rund 1,3 Millionen Euro, wohingegen ein Mann auf etwa 1,5 Millionen Euro kommt. Diese Lücke im Erwerbseinkommen bezeichnet man als Gender Lifetime Earnings Gap“, stellte Jutta Allmendinger zu Beginn ihrer Buchvorstellung zum Lebenserwerbseinkommen in Deutschland aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fest. Kämen Kinder hinzu, werde die Kluft noch größer: Mütter erreichen nur ein Lebenserwerbseinkommen von rund 600.000 Euro, während Väter ihr Einkommen sogar etwas steigern könnten – auf etwa 1,6 Millionen Euro. „Mütter verdienen rund eine Million weniger im Leben als Väter, doch auch beim Einkommensvergleich zwischen Frauen und Männern ohne Kinder zeigt sich eine Lücke. Differenzen beim Einkommen zwischen Frauen und Männern resultieren vor allem aus längeren Auszeiten der Frauen vom Arbeitsmarkt, etwa durch Geburt, Kinderbetreuung oder der Pflege von Angehörigen. Zudem arbeiten Mütter häufiger in Teilzeit als Väter, was sich direkt in einem niedrigeren Einkommen niederschlägt“, erklärte die Soziologin Jutta Allmendinger.

## Pandemie befördert Geschlechtergleichheit

Die Corona-Pandemie begünstigte erneut eine klassische Rollenverteilung, stellte Allmendinger fest und ergänzte: „Das liegt daran, dass Frauen häufiger Homeoffice, Haushalt und Kinderbetreuung parallel managen.“ Betreuungsprobleme für Eltern durch die Pandemie-bedingten Schulschließungen rückten nach Allmendinger viel zu spät ins Blickfeld der Politik. Die öffentliche Diskussion solle sich wieder stärker darauf fokussieren, Lösungen zu finden. „Was wir wirklich brauchen, um Geschlechtergerechtigkeit herzustellen, sind mehr soziale Innovationen. Dazu müssen Anreize geschaffen werden, damit zukünftig nicht ausschließlich der ältere oder karrieretechnisch fortgeschrittenere Partner arbeiten und der andere die Kinderbetreuung übernimmt“, so das Urteil von WZB-Präsidentin Allmendinger.

In der anschließenden Diskussion mit ZEW-Präsident Prof.

Achim Wambach, Ph.D., war die anfangs erwähnte Studie der Bertelsmann-Stiftung erneut Thema.

## Geschlechtergerechtigkeit geht nur gemeinsam

„Sind bei der Gender Lifetime Earnings Gap vor allem Mütter und weniger Frauen ohne Kinder betroffen?“, fragte der ZEW-Präsident. Allmendinger sah darin allerdings nicht alleine ein Problem der Mütter. Nach wie vor gebe es deutliche Unterschiede im Einkommen zwischen Frauen und Männern – egal ob sie



Jutta Allmendinger (links) und Achim Wambach (rechts) diskutierten beim vierten #ZEWBookTalk über Geschlechtergerechtigkeit.

Foto: ZEW

Kinder hätten oder nicht. „Durch die Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung wurden bereits konkrete Maßnahmen wie ein Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung an Grundschulen, der Ausbau von Maßnahmen für Gründerinnen und Unternehmerinnen oder eine bessere Entlohnung der Langzeitpflege auf den Weg gebracht“, betonte Allmendinger. Darauf dürfe sich die Politik aber nicht ausruhen, sondern müsse weitere auf Frauen zugeschnittene Maßnahmen anbieten. Nur so könne die Lücke zwischen den Geschlechtern beim Einkommen und der Pflegearbeit weiter geschlossen werden.

„Was braucht es, um mehr Geschlechtergerechtigkeit herzustellen?“, wollte Achim Wambach wissen. Würden mehr Homeoffice-Angebote bei dieser Herausforderung helfen? Nein, eine einzelne Maßnahme reiche nicht, erklärte Allmendinger den rund 170 interessierten Zuschauer/innen und ergänzte: „Es braucht mehr flexible Arbeitszeitmodelle, Förderungsmöglichkeiten für Frauen, etwa im MINT-Bereich, neue Steuermodelle, sowie ein generelles gesellschaftliches Umdenken, warum eine Bekämpfung der Geschlechterungerechtigkeit eben nur gemeinsam funktioniert.“ Das ginge jedoch nur durch die Zusammenarbeit von Frauen und Männern, schließt Allmendinger.

Lisa Rath, [lisa.rath@zew.de](mailto:lisa.rath@zew.de)

## Wirtschaftspolitik aus erster Hand: Corona-Pandemie und der Deutsche Ethikrat

Die Corona-Pandemie beeinträchtigt auch nach einem Jahr massiv unseren Alltag. Über die Wichtigkeit ethischer Orientierung in diesen kontroversen Zeiten diskutierten Prof. Dr. med. Alena Buyx, Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, und ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D. virtuell im Rahmen der Vortragsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ am 14. April 2021.

Buyx ging in ihrem Impulsvortrag auf das Thema Ethik vor dem Hintergrund der Corona-Krise ein: „Eine Pandemie stellt eine emotionale Extremsituation dar. Alles Vorgefallene erscheint wie durch ein Brennglas verstärkt.“ Daraus ergebe sich eine Verstärkung und Verdichtung ethischer Fragen.

Als Beispiele für ethisch kontrovers diskutierte Themen ging die Ethikrat-Vorsitzende auf die Triage und die Impf-Priorisierung ein. Letztere sei durch die initiale Knappheit der neuen Impfstoffe notwendig geworden, so Buyx. Relevante rechtsethische Prinzipien seien zum Beispiel die Selbstbestimmung, die Schadensvermeidung und Wohltätigkeit, Gerechtigkeit, Solidarität und Dringlichkeit gewesen. Darauf aufbauend wurden drei bevorzugte Impf-Gruppen benannt. Diese Empfehlungen des Ethikrates habe die Ständige Impfkommission aufgegriffen und mit der Evidenz der Risikogruppen verknüpft. Die daraus resultierende Empfehlung wurde dann im Anschluss in die Impfverordnung des Bundesministeriums für Gesundheit überführt.



Alena Buyx (links) und Achim Wambach diskutierten über die Wichtigkeit ethischer Orientierung in diesen kontroversen Zeiten.

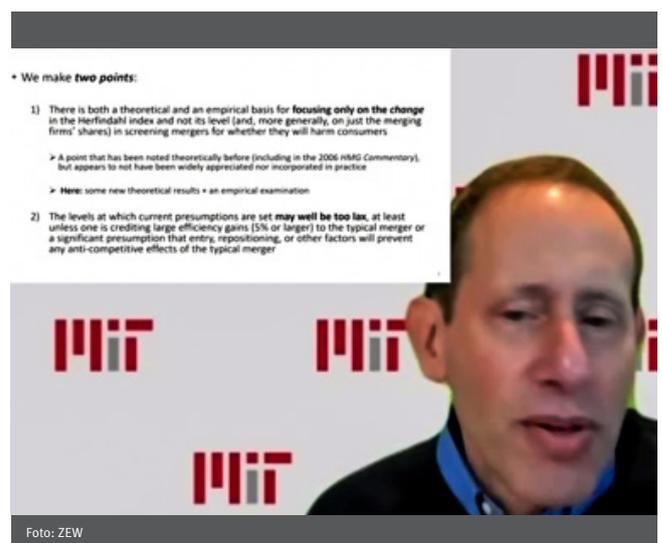
Im anschließenden Austausch mit ZEW-Präsident Achim Wambach ging es unter anderem um Triage-Kriterien wie das Alter sowie persönliche Präferenzen bei der Impf-Priorisierung. Zur Diskussion standen außerdem besondere Regeln für Geimpfte und ob eine Teilnahme an bezahlten Infektionsstudien, wie es sie etwa in England gab, ethisch vertretbar wäre.

## MaCCI-Jahreskonferenz im Jubiläumsjahr als virtuelle Veranstaltung

Zum zehnten Mal veranstaltete das ZEW Mannheim in Zusammenarbeit mit der Universität Mannheim die Jahrestagung des Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI) am 11. und 12. März 2021 – dieses Mal als virtuelle Veranstaltung. Mit mehr als 270 Teilnehmern/-innen in 22 parallelen Sessions war dies die größte bisher organisierte MaCCI-Konferenz.

Der Fokus des ersten Konferenztags lag auf Aspekten der Wettbewerbsanalyse. Eröffnet wurde die Veranstaltung mit einer Panel-Diskussion zu Marktuntersuchungen in Europa, moderiert von MaCCI-Direktor Prof. Martin Peitz von der Universität Mannheim. Amelia Fletcher, University of East Anglia im Vereinigten Königreich, Prof. Massimo Motta, Pompeu Fabra University und Barcelona Graduate School of Economics in Spanien, sowie Prof. Alexandre de Streel, Universität von Namur in Belgien, diskutierten gemeinsam mit dem Publikum. Darauf folgten zwei Keynote Speeches: Prof. Michael Whinston, Massachusetts Institute of Technology (MIT) in den USA, sprach über Konzentrationsmaßen für horizontale Fusionen. Herbert Hovenkamp, Professor an der University of Pennsylvania Law School in den USA, befasste sich mit dem Thema Abhilfen für Plattform-Monopole.

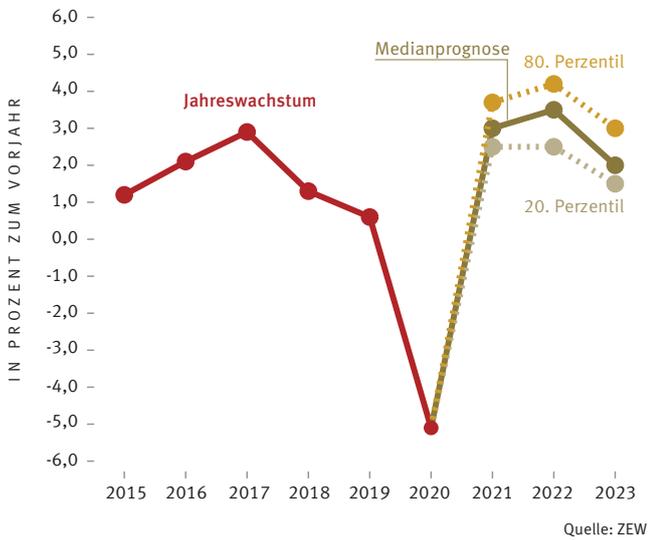
Am zweiten Konferenztage fanden 22 parallele Sessions zu verschiedenen Themen rund um Wettbewerb und Innovation statt. Wissenschaftler/innen aus den Bereichen Recht und Wirtschaft präsentierten ihre neuesten Beiträge und traten miteinander über Disziplingrenzen hinweg in Dialog. Besonderes Interesse



Wettbewerbsbehörden und Marktanalysen thematisierte Professor Whinston in der Keynote am ersten Tag.

weckten die Sessions zur ökonomischen Theorie digitaler Plattformen, die in der Fachwelt derzeit intensiv diskutiert werden. Für die Gäste brachte das Online-Format der Konferenz auch Vorteile – über Globus und Zeitzonen hinweg war es noch nie so einfach, zusammenzukommen und zu diskutieren.

### Kräftige Erholung der deutschen Volkswirtschaft ab 2022

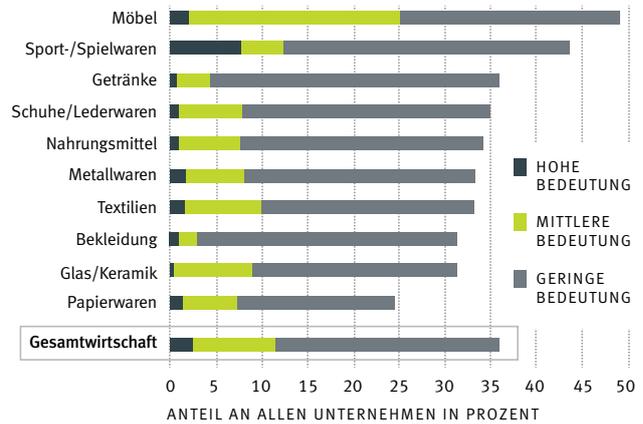


Für die nächsten Jahre erwarten die Finanzmarktexperten/-innen überdurchschnittlich hohe Wirtschaftswachstumsraten in Deutschland. Die Corona-Krise bremst das Wachstum allerdings weiterhin aus. Insbesondere das Wachstumstempo im ersten Halbjahr 2021 wird durch die Pandemie niedriger ausfallen als noch zu Beginn des Jahres 2021 prognostiziert. Positive Impulse kommen weiterhin von den Exportmärkten deutscher Unternehmen. Diese Ergebnisse liefert die Sonderfrage zum ZEW-Finanzmarkttest April 2021. Darin äußerten die Befragten ihre Einschätzung zum deutschen Wirtschaftswachstum 2021 bis 2023. Mit Blick auf die deutsche Volkswirtschaft erwarten die Finanzmarktexperten/-innen für das Jahr 2021 im Median ein reales Wirtschaftswachstum von 3,0 Prozent. Die vier Median-Quartalswachstumsprognosen für das Jahr 2021 betragen -0,5 Prozent, 1,5 Prozent, 2,0 Prozent und 1,2 Prozent. Die höchste Wachstumsrate wird somit für das dritte Quartal 2021 erwartet.

Frank Brückbauer, frank.brueckbauer@zew.de

### Digitales Crowdsourcing von Innovationsideen nur selten von hoher Bedeutung

BEDEUTUNG VON „CROWD INNOVATION“ IN KONSUMGÜTERBRANCHEN DEUTSCHLANDS 2020



Der Begriff „Crowd Innovation“ bezeichnet allgemein das Sammeln von Innovationsideen mit Hilfe von unternehmensexternen Akteuren/-innen wie Kunden/-innen, Lieferanten/-innen, Geschäftspartnern/-innen oder der allgemeinen Öffentlichkeit. Als Hilfsmittel dienen digitale Werkzeuge wie zum Beispiel Internet-Plattformen oder Soziale Medien. Im Jahr 2020 nutzten etwa 36 Prozent der befragten Unternehmen in Deutschland in der einen oder anderen Form diese Art der Ideensammlung. Allerdings war sie nur bei weniger als 3 Prozent der deutschen Unternehmen von großer Bedeutung für die Geschäftstätigkeit. In den Konsumgüterbranchen ist Crowd Innovation in der Möbelindustrie am weitesten verbreitet. Die Sport- und Spielwarenindustrie weist insbesondere den höchsten Anteil an Unternehmen auf, für die Crowd Innovation von hoher Bedeutung ist. In vielen Konsumgüterbranchen ist das Potenzial für diesen Weg der Ideenfindung jedoch noch groß, denn es wird bislang wenig genutzt.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



### ZEW-Konferenz zur Informationsökonomie

Das ZEW Mannheim veranstaltet am 10. und 11. Juni 2021 die neunzehnte virtuelle ZEW-Konferenz zum Thema „Economics of Information and Communication Technologies“. Ziel der englischsprachigen Konferenz ist es, aktuelle wissenschaftliche Arbeiten zur Ökonomie der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie des IKT-Sektors vorzustellen und zu diskutieren. Hauptredner/-innen sind Hanna Halaburda (Leonard N. Stern School of Business, New York University) und Zsolt Katona (University of California, Berkeley) aus den USA.

Weitere Informationen unter: [www.zew.de/VA3252](http://www.zew.de/VA3252)

### Regionalfinale Young Economic Summit

Am 6. Juli 2021 findet das Regionalfinale Süd-West des Schulwettbewerbs Young Economic Summit (YES!) digital am ZEW Mannheim statt. Dabei werden drei Gewinnerteams aus der Region gekürt, die beim großen YES!-Bundesfinale im Herbst antreten dürfen. Im Rahmen des Schulwettbewerbs entwickeln junge Menschen bereits zum siebten Mal, unterstützt von Wissenschaftler/-innen, einfallsreiche Lösungsansätze für Zukunftsfragen. Das ZEW ist seit 2017 mit an Bord. Das von ihm betreute Team belegte im vergangenen Jahr den zweiten Platz.

Weitere Informationen unter: [www.zew.de/AM7614](http://www.zew.de/AM7614)



Foto: ZEW

## Die Corona-Pandemie ist ein Informationsproblem

Die Corona-Pandemie ist ein Informationsproblem. Wenn jeder, der sich infiziert hat, dies erkennen würde und auch erkennbar wäre, ließe sich die Ausbreitung des Virus besser verhindern. Umso bedauerlicher ist es, dass

das Testen auf Corona-Infektionen in Deutschland nicht denselben Stellenwert hat wie in anderen Ländern.

Aus ökonomischer Sicht sind zwei Eigenschaften einer Epidemie besonders relevant: Zum einen die sogenannten externen Effekte, die dadurch entstehen, dass Menschen die Auswirkungen ihres persönlichen Verhaltens auf andere und auf das Gesundheitssystem nicht in voller Gänze berücksichtigen und deshalb von sich aus nicht genug tun, um eine Virusausbreitung zu verhindern. Das macht staatliche Vorgaben wie Ausgangssperren notwendig. Zum anderen die Informationsprobleme: Je besser Infizierte identifiziert werden können, desto einfacher ist es, die Ausbreitungskette zu unterbrechen. Tests und Impfnachweise helfen, die Informationslage zu verbessern.

Deutschland ist bislang recht gut durch die Krise gekommen. Die Internetseite „Our world in data“ der Universität Oxford, eine beliebte Quelle für internationale Vergleiche, führt Deutschland neben Südkorea, Vietnam und Neuseeland als Beispiel für erfolgreiche Krisenbekämpfung an. Die Sterbezahlen und der wirtschaftliche Einbruch halten sich in Grenzen, die industrielle Tätigkeit hat wieder Fahrt aufgenommen und die Arbeitslosigkeit ist relativ stabil. Was das Impfen angeht, kommt Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Ländern mittlerweile recht gut voran. Nur beim Testen läuft Deutschland hinterher. Und damit steigt die Gefahr, die bisherigen Erfolge zu verspielen.

Testen kann ein wichtiger Bestandteil beim Überwinden des Informationsproblems der Pandemie sein. Obwohl Testen in vielen gesellschaftlichen Bereichen bereits üblich ist, hat es immer noch nicht den Stellenwert, den es zur Krisenbekämpfung haben sollte. In den Statistiken von „Our world in data“ gehört Deutschland zu den Nachzüglern im europäischen Vergleich. Frankreich

weist etwa doppelt so viele Tests pro Einwohner aus, das Vereinigte Königreich mehr als viermal so viele. Da auch das Infektionsgeschehen unterschiedlich ist, ist ein Vergleich der Anteile positiver Tests aussagekräftiger, da diese das Ausmaß des Testens im Verhältnis zum Ausmaß des Corona-Ausbruchs zeigen. Wer einen höheren Anteil positiver Tests ausweist, testet relativ weniger. Nach Kriterien der WHO ist ein Anteil von unter fünf Prozent einer der Indikatoren dafür, dass die Epidemie in einem Land unter Kontrolle ist. Mit einem aktuellen Wert von 13 Prozent positiver Tests hat Deutschland Aufholbedarf. Finnland, Portugal und Dänemark weisen Werte unter fünf Prozent auf.

Erst jetzt hat die Bundesregierung in der Corona-Arbeitsschutzverordnung eine Testangebotspflicht für Unternehmen eingeführt – gegen starke Kritik aus der Wirtschaft. Beschäftigte, die nicht ausschließlich von zu Hause arbeiten, sollen Anspruch auf zwei Testangebote pro Woche im Betrieb haben. Gleichzeitig legt das geänderte Infektionsschutzgesetz fest, dass Arbeitgeber/innen ihren Beschäftigten anbieten sollen, soweit wie möglich von zu Hause zu arbeiten, und die Beschäftigten diese Möglichkeit auch annehmen müssen, „soweit ihrerseits keine Gründe dagegen stehen“. Pflicht zum Homeoffice – eine Testpflicht der Beschäftigten ist allerdings nicht vorgesehen. Aber auch hier greifen die externen Effekte: Die individuellen Gründe zum Testen sind vielfältig; dazu gehören aber nicht unbedingt die Vermeidung der Bildung von Infektionsherden in Unternehmen, nachfolgender Infektionen außerhalb der Betriebe und daraus folgend der Überlastung des Gesundheitssystems. Bei einem einfachen Testangebot sollte es nicht bleiben, weitere Anreize zum Testen bis hin zur Ausweitung der Testpflicht in bestimmten Situationen werden notwendig sein. Zur Entwicklung dieser Teststrategie sind allerdings auch die Sozialpartner gefordert – die Überwindung des Informationsproblems und des Problems der externen Effekte ist eine Gemeinschaftsaufgabe.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D.

# ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Dominic Egger, Telefon +49 621 1235-103 · dominic.egger@zew.de

Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Lisa Rath · Telefon +49 621 1235-316 · lisa.rath@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2021